



Protokoll der 20. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. September 2018, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Imsand Bruno (FDP), Mägli Patrick (SP) und Schäublin Max (FDP)

Traktanden	Laufnummer
1. Quartierplan Kasinostrasse – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Den Anträgen der BPK wird mit grossem Mehr zugestimmt.</i>	2018/84 2018/84a
2. Zonenplan Siedlung, Gebiet Weiermatt: Mutation Zonenabgrenzung Parzelle Nr. 4041 – 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK wird einstimmig zugestimmt.</i>	2018/100
3. Betriebe/Werkhof - Bericht Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Prüfung Betriebe/Werkhof <i>://: Vom GPK-Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen.</i>	2018/106
4. Bruckackerstrasse, Infrastruktur: Baukredite für den Ersatz der Wasserleitungen, den Neubau der Schmutzwasserkanalisation und die Strassensanierung <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die BPK überwiesen.</i>	2018/105
5. Baulinienplan Röseren <i>://: Der Baulinienplan Röseren wird gemäss stadträtlichem Antrag einstimmig beschlossen.</i>	2018/107
6. Standortförderung - Interpellation „Standortförderung Wirtschaftsraum Stadt Liestal“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion und Benjamin Holinger der Grünen Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2018/96
7. Fussgängerzone im Stadtkern, Motion von Peter Küng der SP-Fraktion - Umsetzung durch den Stadtrat <i>://: Die Motion wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgeschlossen.</i>	2014/124 2014/124a
8. Bahnhofpaten - Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Bahnhof-Patenschaft von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschlossen.</i>	2017/71 2017/71a

- | | | |
|-----|--|----------|
| 9. | Lohnleichheit - Motion "Charta der Lohnleichheit im öffentlichen Sektor" von Dominique Meschberger und Joel Bühler der SP-Fraktion
<i>://: Der von den Motionären in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2018/101 |
| 10. | Schuleinteilungen - Interpellation betreffend Schuleinteilungen neues Schuljahr von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2018/102 |
| 11. | QP am Orisbach - Interpellation "QP am Orisbach - Würde da auch noch etwas mehr Park drin liegen?" von Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Benjamin Holinger der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2018/103 |
| 12. | Bahnhofareal-Mitgestaltung - Postulat "Identitätsstiftende und kreative Mitgestaltung des Bahnhofareals" von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2018/104 |

Ratspräsident Peter Küng (SP) heisst die anwesenden Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur September-Sitzung des Einwohnerrates willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Stadtverwalter Benedikt Minzer darf heute einen runden Geburtstag feiern und ist dennoch als Gast auf der Tribüne präsent. Diese Loyalität gegenüber der Stadt Liestal als Arbeitgeberin schätzt auch der Einwohnerrat. Der Rat gratuliert ihm zum Geburtstag recht herzlich, wünscht ihm weiterhin alles Gute für die Zukunft. Hoffentlich kann er den heutigen Tag doch noch gebührend feiern und die Geburtstagstorte des Einwohnerrates geniessen kann, welche ihm nun vom Vizepräsidenten überbracht wird.
- Auch Ratskollege Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) feiert seinen Geburtstag heute zusammen mit den Einwohnerratsmitgliedern, doch bekommt er keinen Kuchen, weil er keinen runden Geburtstag feiert. Der Rat wünscht ihm dennoch alles Gute zum heutigen Geburtstag sowie für die Zukunft nur das Beste.
- Nebst den beiden erwähnten Geburtstagsfeiern gab es bereits am letzten Sonntag einen Grund zum feiern, als anfangs Nachmittag bekannt wurde, dass der Souverän bei der Abstimmung "Velostation" mit 2'386 Ja-Stimmen gegen 732 Nein-Stimmen sehr deutlich den Einwohnerratsentscheid vom 30. Mai 2018 abgesegnet hatte.
- Die FIKO-Mitglieder möchten sich in der Pause bei Kommissionspräsident Fabian Eisenring (SP) treffen, damit die nächsten Kommissionssitzungen terminiert werden können.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, grün
- Vorlagen Nr. 2018/108 - Nr. 2018

Neue persönliche Vorstösse

- Veloabstellplätze-Gesamtkonzept - Interpellation «Gesamtkonzept für Veloabstellplätze rund um den neuen Bahnhof» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2018/108)
- Stadtentwicklung - Postulat «Stadtentwicklung: Wie weiter?» von Patrick Mägli der SP-Fraktion, Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2018/109)
- Velo-Parkplatz Bahnhof - Postulat «Veloparkplatz beim Bahnhof SBB (Sichtern-Seite)» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2018/110)
- Schleifewuhrweg - Interpellation «Sanierung Schleifewuhrweg» von Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2018/111)
- Quartierlokale - Postulat «Einführung von Quartierlokalen durch die Stadt Liestal» von Patrick Mägli und Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2018/112)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Büchi Vreni (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Zumsteg Hanspeter (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, auch der Stadtrat habe mit grosser Freude von den Ergebnissen der Velostation-Abstimmung vom vergangenen Wochenende Kenntnis genommen. Die grossmehrheitliche Zustimmung an der Urne ist doch ein klares Votum an die gute Arbeit des Einwohnerrates und des Stadtrates.

Traktandenliste

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren betreffend der Traktandenlisten der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Traktandenliste gemäss Einladungsschreiben vom 12. September 2018.

165 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Quartierplan Kasinostrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2018/84)

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass das Geschäft bereits an der letzten Sitzung vom 22. August 2018 ein erstes Mal beraten wurde. Nach der heutigen zweiten Lesung wird über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK abgestimmt. In der Schlussabstimmung braucht es eine 4/5-Mehrheit, ansonsten müsste der Ratsentscheid noch an der Urne abgesegnet werden.

Thomas Eugster (FDP) erklärt als BPK-Präsident, dass sich aus Sicht der Kommission nichts geändert hat und man an den Anträgen gemäss Kommissionsbericht Nr. 2018/84a festhält. Weshalb die Zusatzanträge gestellt wurden, kann im Bericht nachgelesen werden und ist von ihm bereits bei der ersten Lesung im Detail erörtert worden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, in der Vergangenheit sind zahlreiche QP's bewilligt worden, die allenfalls reine Zweckbauten sind, aber offensichtlich den geltenden Anforderungen genügt hatten. Das haben die Investoren und Unternehmer vom letzten QP Grammet auch gemerkt, schon lange bevor die Furzidee betreffend Aussenraum-Zertifizierungen in den Köpfen der Initianten überhaupt existiert hatte. Als Unternehmer wussten sie nämlich, dass man QP's auch attraktiver gestalten kann beziehungsweise muss, weil diese sich von den übrigen Wohnungsangeboten in Liestal abheben müssen. Seit der ersten Lesung habe er kein einziges vernünftiges Argument gehört, welche die BPK-Zusatzanträge im Zusammenhang mit dem QP Kasinostrasse rechtfertigen würden. Seit 2004 kämpft er für ein sauberes Liestal und auch in diesem Fall hilft keine Zertifizierung. Ordnung muss in den Köpfen der Menschen stattfinden und wenn dies nicht möglich ist, muss man halt mit entsprechenden Mitteln nachhelfen. Für Sauberkeit, Ordnung, Gestaltung von Aussenraum usw. sind die Eigentümer der Liegenschaften selbst verantwortlich und es dürfte im ureigenen Interesse der Liegenschaftsbesitzer sein, dass ihre Gebäude und die Umgebung schön aussehen. Dass nun der Einwohnerrat für allfällige Fehler oder Unaufmerksamkeiten bei den vergangenen QP's nun den QP Kasinostrasse mit einer subjektiven Subventionierungspflicht bestraft, ist doch eine Arroganz sondergleichen. Die beantragte und künftige geltende Zertifizierung von Aussenraumgestaltungen bei QP's ist ein ideologischer Trugschluss und eine Scheinheiligkeit. Die einzigen Profiteure sind die Zertifizierungsgesellschaften, die dann überall und regelmässig den Unternehmern sowie Investoren wie Zecken das Geld aus dem Sack herausziehen. Dies natürlich auf Kosten der Investoren und mit der allfälligen Legitimierung von den Kommunalpolitikern. Das Wohnen in Liestal wird mit solchen Vorschriften noch künstlich verteuert. Gleichzeitig ruft man aber nach günstigem Wohnraum. Dass dem vorbildlichen QP Kasinostrasse zusätzliche Knebel in den Weg gelegt werden sollen, ist eine subjektive Anmassung und gehört ganz klar abgelehnt. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass der BPK-Antrag 4.2 abgelehnt wird. Dem Gesamt-QP Kasinostrasse wird man zustimmen.

Dominique Meschberger (SP) erklärt stellvertretend für den abwesenden Fraktionssprecher Patrick Mägli, dass die SP-Fraktion den BPK-Anträgen zustimmen wird. Wenn dem Investor zugestanden wird, mittels QP sein Grundstück mit einer höheren Ausnutzungsziffer bebauen zu können, so sollte eine nachhaltige Umgebungsgestaltung eigentlich selbstverständlich sein. Der BPK-Zusatzantrag betreffend Aussenraumgestaltung ist doch eine Qualitätssteigerung. Es stellt sich nach wie vor die Frage, ob die Überbauung in der Nähe der Autobahn überhaupt Sinn macht. Trotz diesbezüglichen Bedenken wird die SP-Fraktion dem QP Kasinostrasse grossmehrheitlich zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) hält fest, dass die FDP-Fraktion die 3 BPK-Zusatzanträge nochmals diskutiert hatte und diesen nach wie vor zustimmen wird. Der QP ist sehr gut ausgeschaffen worden und stellt ein harmonisches Projekt dar. Die Qualitätssicherung bei der Aussenraumgestaltung dürfte auch bei weiteren QP's thematisiert werden. Auch grundsätzliche Bedenken betreffend der massiven Wohnbautätigkeit in Liestal dürften auch künftig immer wieder zu Diskussionen Anlass geben. Die Aussenraumgestaltung muss künftig intensiver bewirtschaftet werden, um die Qualität halten zu können. Die verschiedenen QP's sind kaum vergleichbar und so ergeben sich auch jeweils unterschiedliche Anträge sowie Auflagen aus der Beurteilung. Das heisst, dass sich mit den formulierten BPK-Anträgen keine Obligatorien für weitere QP's ergeben. Weitere wichtige Punkte betreffend dem QP Kasinostrasse sind bereits bei der ersten Lesung festgehalten worden.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, bei jedem QP gehe es um ein gerechtes Geben und Nehmen. Im Fall vom QP Kasinostrasse wird der Bauherrschaft eine um rund 25 Prozent höhere Bauziffer zugestanden, womit man rund 8 Wohnungen mehr bauen darf. Mit den höheren Mehrfamilienhäusern werden aber die Freiflächen um so wichtiger. Die Einwohner und insbesondere die betroffenen Nachbarn bekommen im Gegenzug eine überdurchschnittliche ästhetische Architektur, einen vorbildlich sparsamen Energieverbrauch Minergie P, eine überdurchschnittlich Gestaltung eines naturnahen Aussenraumes. Bei Quartierplänen ist das öffentliche Interesse an eine Qualitätssicherung wie Architektur und naturnaher Umgebungsgestaltung genau so hoch zu gewichten wie die unternehmerische Freiheit des Investors. Um das Stadtbauamt und somit auch den Steuerzahler zu entlasten, soll der Nachweis durch eine neutrale Zertifizierungsstelle erbracht werden und die vom Bauherr zu tragenden Folgekosten sollten sich auf rund CHF 2'500.-- belaufen. Die Grüne Fraktion steht hinter dem QP Kasinostrasse und unterstützt die Anträge der BPK.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, dass die Diskussionen um die Zertifizierung dem QP gar nicht gerecht werden, denn dabei handelt es sich um ein winziges Detail beim Vergleich mit dem gesamten Bauvolumen. Schlussendlich geht es darum, dass Wohnungen entstehen, in welchen die Leute sich wohl fühlen können und zudem attraktiv sind. Ihre Fraktion findet die Mischung mit den Miet- und Eigentumswohnungen sinnvoll und gut. Es gibt weitere tolle Punkte, welche im Zusammenhang mit dem QP Kasinostrasse aufgezählt werden könnten. Wichtig ist aber doch, dass eine höhere Nutzung auch eine höhere Qualität braucht, weshalb auch ihre Fraktion den BPK-Anträgen zustimmen wird.

Natalie Oberholzer (GL) begrüsst es, dass einige Anpassungen zu Gunsten einer besseren Qualität bereits vorgenommen wurden. Sie wird den BPK-Anträgen zustimmen, möchte aber dennoch einige Bedenken anbringen. Schweizweit werden momentan mehr Wohnungen gebaut, als die Nachfrage es verlangt. Auch in Liestal hat sich die Situation geändert. Der Leerwohnungsbestand hat sich seit 2014 in Liestal mehr als vervierfacht. Das rasante Wachstum an Leerwohnungen ist für sie ein Warnsignal. Reduzieren wir nun doch dieses Wachstumstempo und machen einen Zwischenstop, um die Folgen der rasanten Entwicklung mit all den bereits bewilligten Quartierplänen beobachten zu können. Mehr Wohnungen bringen auch immer mehr Verkehr und wie viel verträgt es diesbezüglich noch? Auch die Wohnqualität muss stimmen und so findet sie die Lage des QP Kasinostrasse in der Nähe der A22 nicht sinnvoll. Die Lärmbelastung mit einer Überschreitung von bis zu 10 Dezibel lässt sich auch mit Schallschutzfenstern nicht eliminieren und auch der Aufenthalt auf einer noch so schönen Grünfläche wird trotzdem unattraktiv bleiben. Fordern wir doch dort verdichteteres Bauen, wo es Sinn macht. Die ganzheitliche Stadtentwicklung wird ja wohl im Zusammenhang mit dem neuen Postulat Nr. 2018/109 thematisiert. Sie wird den BPK-Zusatzanträgen zustimmen, jedoch den QP Kasinostrasse ablehnen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte mitgeben, dass doch auch die Kinder im betreffenden QP einen Spielplatz und eine ruhige Ecke finden, wo sie sich aufhalten können.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die umfassenden Berichte der Fraktions- und Einzelsprecher. Die Problematik betreffend den Leerwohnungen ist von Region zu Region recht unterschiedlich. Schlussendlich sind es die Investoren, die das Risiko tragen, sollten sie den Markt falsch eingeschätzt haben. Bezüglich der Aussenraumgestaltung und der Architektur ist beim vorliegenden QP das Potenzial sicher vorhanden, dass ein gutes Projekt entstehen wird. Natürlich ist das aktuelle Bautempo in Liestal schon etwas erschreckend. Das ist aber kein wirkliches Argumente dafür, den QP Kasinostrasse nun zu gefährden oder gar abzulehnen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die Anträge des Stadtrates sowie der BPK abstimmen lässt, welche er vor der Abstimmung jeweils verlesen wird.

://: Dem Antrag 4.1 der BPK gemäss Vorlage Nr. 2018/84a wird grossem Mehr gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt und das Quartierplan-Reglement im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung für eine städtebauliche Einpassung wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 9:

Haupt- und Nebenbauten sind aufeinander abzustimmen. Sie sind hinsichtlich Architektur, Material und Farbe - auch bei späteren Sanierungen - sorgfältig so zu gestalten, dass eine gute Einpassung in die bauliche und landschaftliche Umgebung gewährleistet ist. Dem Stadtrat Liestal steht ein Mitspracherecht betreffend Materialisierung und Gestaltung der Fassaden der Hauptbauten zu. Vor der Einreichung des Baugesuchs sind dem Stadtbauamt Varianten einzureichen und zu diskutieren.

://: Dem Antrag 4.2 der BPK gemäss Vorlage Nr. 2018/84a wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen zugestimmt und das Quartierplan-Reglement im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung Aussenraumgestaltung wie folgt ergänzt:

§ 6 Abs. 7:

Als Qualitätsnachweis und bezüglich Pflege und Unterhalt der Umgebungsgestaltung ist in der Planungsphase ein Vorzertifikat gleichwertig / vergleichbar mit der Stiftung Natur & Wirtschaft mit Gültigkeit bis zur Fertigstellung des Projekts und anschliessend eine definitive Zertifizierung des realisierten Bauprojekts durchzuführen (vergleichbar / gleichwertig mit der Stiftung Natur und Wirtschaft).

://: Dem Antrag 4.3 der BPK gemäss Vorlage Nr. 2018/84a wird einstimmig zugestimmt und das Quartierplan-Reglement im Zusammenhang mit dem Thema Energie wie folgt geändert:

§ 8 Abs. 4b:

Die Überbauung ist an den Wärmeverbund Hallenbad anzuschliessen. Vom Anschluss kann abgesehen werden, wenn eine gleichwertige oder bessere Energieversorgung nachgewiesen wird, welche mehr erneuerbare Energie als der Wärmeverbund Hallenbad nutzt.

://: Dem Antrag 4.4 der BPK gemäss Vorlage Nr. 2018/84a sowie dem Antrag des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2018/84 wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung zugestimmt und die Quartierplanvorschriften Kasinostrasse, bestehend aus dem Quartierplan-Reglement, Stand vom 02.03.2018, sowie dem Quartierplan, Situation und Schnitte 1:500 vom 14.11.2017, beschlossen.

166 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Zonenplan Siedlung, Gebiet Weiermatt: Mutation Zonenabgrenzung Parzelle 4041 - 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2018/100)

Ratspräsident Peter Küng (SP) erklärt, dass die stadträtliche Vorlage bereits an der letzten Sitzung vom 22. August 2018 ein erstes Mal direkt beraten wurde. Nach der heutigen zweiten Lesung wird über die Anträge des Stadtrates abgestimmt.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass die Mittefraktion den stadträtlichen Antrag nach wie vor unterstützen wird.

Markus Rudin (SVP) orientiert, auch die SVP-Fraktion befürworte die beantragte Zonenplanmutation, damit eine optimale Nutzung der Gewerbezone möglich ist. Dem Antrag wird man einstimmig zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) äussert, die Mutation mache Sinn und diese hätte eigentlich schon längst beschlossen werden können. Auch seine Fraktion wird den Antrag einstimmig unterstützen.

Beat Gränicher (SVP) führt aus, seine Fraktion habe vorgängig der Sitzung bekannt gegeben, dass sein Fraktionskollege Lorenz Holinger bei der Beratung dieses Geschäfts in den Ausstand tritt. Dies hätte dann auch noch kommuniziert werden können.

Ratspräsident Peter Küng (SP) bemerkt, dass er tatsächlich den Rat über den Ausstand von Lorenz Holinger nicht vorgängig informiert hatte, was er somit noch nachholen möchte.

Stadtrat Franz Kaufmann informiert, er habe seitens Stadtrat zum Geschäft keine weiteren Informationen abzugeben oder Ergänzungen zu machen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über den stadträtlichen Antrag gemäss Vorlage Nr. 2018/100 abstimmen lässt.

://: Der Rat beschliesst einstimmig den Zonenplan Siedlung, Gebiet Weiermatt, Mutation Zonenabgrenzung Parzelle Nr. 4041 gemäss Situationsplan 1:500 vom 25.01.2018.

167 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Betriebe/Werkhof - Bericht Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Prüfung Betriebe/Werkhof (Nr. 2018/106)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt als GPK-Präsident Bezug auf die Vorlage Nr. 2018/106 und hält die wichtigsten Punkte betreffend dem Kommissionsbericht fest: Basierend auf den Grundlagen des Gemeindegesetzes hat es sich die GPK zur Pflicht gemacht, nebst dem Amtsbericht in periodischen Abständen auch einzelne Bereiche der Verwaltung gründlich zu überprüfen. Solche Überprüfungen sind keine Misstrauensvotum und die GPK hat gar festgestellt, dass es Stadtrat und auch Mitarbeitende schätzen, Auskünfte über ihre Arbeiten und Tätigkeiten erteilen zu können. Ende 2017 ist in der Basellandschaftlichen Zeitung bz ein negativer Bericht über die Betriebe veröffentlicht worden und so war der GPK klar, dass man als Aufsichtsorgan diesen Bereich näher überprüfen möchte. Der erwähnte Zeitungsbericht basierte auf einem anonymen Schreiben, was von der GPK ebenfalls verurteilt wurde und diese dazu veranlasst hatte, sich auf Fakten zu konzentrieren. Die Kommission hatte sich Zeit genommen und die einzelnen Abteilungen in den Betrieben untersucht. Bei einem halbtägigen Augenschein hatte man einen sehr guten Einblick erhalten. Verschiedene Fragen der GPK wurden vom Stadtpräsidenten, dem Stadtverwalter, dem Bereichsleiter und seinen Mitarbeitenden beantwortet. Es gab keine Tabu-Themen, doch ist das GPK-Protokoll wegen des Personendatenschutzes und Amtsgeheimnisses als vertraulich erklärt worden. Im Kommissionsbericht sind die überprüften Bereiche und die Resultate festgehalten, weshalb er an dieser Stelle nicht auf die Details eingehen möchte. Festhalten möchte er doch, dass dort wo geschafft wird, auch Fehler passieren. Auch gibt es Meinungsverschiedenheiten, wenn mehrere Menschen zusammenarbeiten müssen. Wichtig ist aber, wie man in solchen Fällen und Situationen damit umgeht. Diesbezüglich hat die Kommission einen sehr guten und positiven Eindruck bekommen. Behörde, Vorgesetzte und auch Mitarbeitende sind stolz, bei ihrer täglichen Arbeit etwas zum Wohle der Liestaler-Bevölkerung beitragen zu können und dazu leisten auch die Betriebe ihren bestmöglichen Beitrag. Abschliessend möchte er zum Personalwechsel ganz allgemein noch anmerken, dass heute halt die Arbeitsstellen aus verschiedenen Gründen öfters als früher gewechselt werden. Teamarbeit erfordert eine gegenseitige Achtung und Rücksichtnahme. Danken möchte er deshalb namens der GPK dafür, wenn sich die Mitarbeitenden der Stadt Liestal nach wie vor für das Wohl von Liestal einsetzen. Auch möchte er den GPK-Mitgliedern sowie dem Stadtrat und den Mitarbeitenden für das engagierte Mitmachen bei den Abklärungen im Zusammenhang mit den Betrieben und dem Werkhof danken.

Michael Durrer (GL) meint, ein Augenschein oder ein Fragenkatalog ermögliche immer nur einen Einblick bis zu einem gewissen Grad. Dennoch ist es der GPK möglich, Einblicke und Eindrücke in gewisse Prozesse und Abläufe zu erhalten. Solche geplanten und durchdachten Abklärungen der GPK machen deshalb durchaus Sinn und sollten von Zeit zu Zeit wiederholt werden. Der positive Nebeneffekt im vorliegenden Fall war sicher auch, dass der direkte Austausch mit Mitarbeitenden der Betriebe vor Ort für die GPK spannend und interessant, für die Mitarbeitenden der Betriebe sicher aber auch ein Zeichen und Signal der Wertschätzung war.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) merkt an, dass es sich GPK bei der erwähnten Aufgabe sicher nicht leicht gemacht hatte. Aufgrund der heftigen Vorwürfe wurden Abklärungen getroffen und man durfte schlussendlich feststellen, dass das Klima in den Betrieben nicht dem entspricht, wie man es in den Zeitungsberichten lesen konnte. Auch habe er es geschätzt, dass die GPK selbst bei heiklen Themen Auskunft erhalten hatte. Auch die Mittefraktion wird vom GPK-Bericht Kenntnis nehmen.

Marianne Quensel (SP) informiert, auch die SP-Fraktion nehme zustimmend Kenntnis vom GPK-Bericht und sie möchte die Voten der Vorredner unterstützen. In ihrer Fraktion ist das Thema der Mitarbeiterbefragung etwas mehr ausgeleuchtet worden und sie möchte doch eine Lanze brechen für eine solche Befragung. Eine Mitarbeiterbefragung bringt nicht nur einen Mehraufwand mit sich, sondern hat beispielsweise den Vorteil, dass man verschiedene Angaben bekommt, die für Verbesserungen und Änderungen vorteilhaft genutzt werden können und zudem der Vertrauensbildung dienen. Eine Anregung und Aufforderung in dieser Hinsicht ist vielleicht mehr als ein immer wiederkehrendes Dankeschön.

Daniela Reichenstein (FDP) legt dar, dass die mediale Ausschlichtung eines anonymen Schreibens sicher eine intensive Angelegenheit für die GPK war. Die offene sowie transparente Gesprächs- und Auskunftskultur des Stadtrates sowie der Verwaltung hatten bestimmt auch zur positiven GPK-Berichterstattung beigetragen. Die FDP-Fraktion nimmt den GPK-Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die wohlwollenden Prüfungsergebnisse der GPK sowie positiven Rückmeldungen der Fraktionen. Auch dem Stadtrat war es wichtig, dass die GPK bei der Augenscheinnahme und den geführten Gesprächen in den Betrieben eine Aussensicht bekommen hatte. Als damals direktbetroffener Departementsvorsteher habe er es auch bedauert, dass man basierend auf einer einzigen anonymen Aussage gleich eine Titelseite in der bz gemacht hatte. Nun kann und darf man hoffen, dass die wohlwollende GPK-Berichterstattung ebenfalls zu einer positiven und entlastenden Berichterstattung in der Zeitung führen wird. Im Zusammenhang mit der erwähnten Mitarbeiterbefragung ist wohl schon alleine die Definition der Mitarbeiter-Zufriedenheit schwierig, denn oftmals sind es momentane sowie subjektive Kriterien und Faktoren, die zur Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit beitragen und meist auch nicht messbar sind. Die Erfassung der Mitarbeiterzufriedenheit ist sehr schwierig und die anonymisierten Resultate sind schlussendlich oftmals nicht sehr aufschlussreich. Der Stadtrat findet die Gespräche mit Mitarbeitenden sinnvoller und aufschlussreicher als das Ausfüllen irgendwelchen Fragebogen. In der Stadt finden jährliche Mitarbeitergespräche statt und für die Mitarbeitenden wird eine anonyme Sozialberatung angeboten, bei welcher man über berufliche und auch private Probleme reden kann. Der Stadtrat bekommt eine Zusammenfassung der Ergebnisse und kann anhand dieser Resultate sicher feststellen, wo gegebenenfalls Handlungsbedarf vorhanden ist. In den Betrieben ist beispielsweise auch eine Ideenbox installiert worden, wo die Mitarbeiter innovative Ideen vorschlagen und einbringen können. Es wird eine offene kommunikative Unternehmenskultur gepflegt und der Stadtrat hat in Stadtverwalter Benedikt Minzer sowie in die Bereichsleitenden das vollste Vertrauen. Er dankt für den positiven GPK-Bericht und Rückmeldungen der Fraktionen, mit welchen die medial publizierten Gerüchte doch klar zurückgewiesen wurden.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission "Prüfung betreffend Betriebe/Werkhof" gemäss Vorlage Nr. 2018/106 wird einstimmig zustimmend Kenntnis genommen.

168 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bruckackerstrasse, Infrastruktur: Baukredite für den Ersatz der Wasserleitungen, den Neubau der Schmutzwasserkanalisation und die Strassensanierung (Nr. 2018/105)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro beantragt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung. Die Fraktionen möchten sich nun zum Büro-Antrag äussern.

Peter Bürgin (FDP) erklärt, dass seine Fraktion die Vorberatung durch die BPK begrüsse, da es sich doch um Investitionen von über einer Million handelt. Eine Vorberatung macht Sinn, obwohl der Terminplan drängt.

Markus Rudin (SVP) meint, die Notwendigkeit der Sanierungsarbeiten ist wohl grundsätzlich unbestritten und dem Stadtrat wegen den verschiedenen Leitungsbrüchen und Schadenfällen auch seit längerer Zeit bekannt. Eine Direktberatung der Vorlage kommt angesichts der hohen Investitionskosten wohl kaum in Frage und deshalb unterstützt seine Fraktion die Überweisung an die BPK ebenfalls.

Reto Derungs (SP) orientiert, auch seine Fraktion unterstütze den Antrag des Büros für eine Überweisung der Vorlage an die BPK.

Stadträtin Marie-Theres Beeler sagt, es sei richtig, dass das Geschäft dränge. Die Ausführung der Sanierungsarbeiten vor Baubeginn des SBB-Vierspurausbau im Sommer 2019 ist nötig, doch macht eine Vorberatung durch die BPK durchaus Sinn. Sie hofft natürlich, dass der BPK-Bericht baldmöglichst vorliegt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2018/105 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

169 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Baulinienplan Röseren (Nr. 2018/107)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Die Behandlung der stadträtlichen Vorlage hatte im Vorfeld zu verschiedenen Diskussionen Anlass gegeben. Das Büro beantragt, dass das Geschäft heute in einer 1. Lesung direkt beraten wird. Die 2. Lesung und Beschlussfassung wird auf die nächste ER-Sitzung vom 31. Oktober 2018 traktandiert.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass in der stadträtlichen Vorlage unter "Termine" steht, dass für die Vorlage nur 1 Lesung notwendig sei. Nach dem Büroentscheid vom letzten Donnerstag habe er weitere Abklärungen getroffen und so ist der Meinung, dass für die Beschlussfassung des vorliegenden Geschäfts eine einmalige Beratung durchaus genügt, da die Baulinienfestlegung nichts mit Zonenvorschriften zu tun habe, die zwingend eine zweifache Beratung erfordern. Es handelt sich um ein einfaches Geschäft, welches keinen weiteren Abklärungen bedarf und im Sinne einer effizienten Behandlung stellt er den Antrag, dass das Geschäft direkt und nur in einer Lesung beraten wird.

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass das Büro das Verfahren definiert und die zweifache Beratung auch für all jene Geschäfte beschlossen werden kann, welche nichts mit Zonenvorschriften oder Quartierplänen zu tun haben.

Er stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Verfahren und der weiteren Behandlung der stadträtlichen Vorlage angemeldet werden.

://: Der Antrag des Büros für die zweifache Beratung der Vorlage Nr. 2018/107 wird mit 3 Ja-Stimmen unterstützt. Grossmehrheitlich wird der Antrag von Thomas Eugster der FDP-Fraktion für eine direkte und einfache Beratung vom Rat unterstützt.

Stadtrat Franz Kaufmann ist froh darüber, dass über die Vorlage an der heutigen Sitzung abgestimmt wird. Die in der Vorlage sichtbare Gestaltungsbaulinie muss im betreffenden Gebiet zwingend eingehalten werden und eine Baulinie darf nicht überschritten, jedoch unterschritten werden. Der Weiler Röseren ist Bestandteil des Inventars der schützenswerten Ortsbilder in der Schweiz ISOS, weshalb die räumliche Situation einzuhalten ist. Die nordwestliche Ecke des Schopfes muss beibehalten werden. Aus Formgründen muss für den Schopfneubau ein Baulinienplan definiert und beschlossen werden.

Markus Rudin (SVP) bemerkt, die Parzelle Nr. 289 liege in der Spezialzone Röseren und in der Landwirtschaftszone. Der Ersatz- und Neubau des Schopfes hat das Mitwirkungsverfahren durchlaufen und ist vom Kanton auch schon vorgeprüft worden. Seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass dort wo die Baulinienpflicht gilt, eigentlich gar nichts verändert wird. Von der Schopfvergrösserung ist jedoch die Landwirtschaftszone betroffen. Wichtig ist, dass bei einer nächsten Zonenplan-Revision die Zonengrenzen zwischen einer Spezialzone und der Landwirtschaftszone nicht mitten durch bestehende Gebäude gezogen werden. Seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, bei den Zonenplanänderungen ist der Grenzverlauf immer entscheidend und es wird immer wieder Grundstücke geben, die Pech haben. Wichtig ist aber, dass man bei nötigen Anpassungen wie im vorliegenden Fall halt auch als Einwohnerrat pragmatisch vorgeht. Ihre Fraktion wird dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) äussert seine persönliche Meinung und stellt fest, dass die Ratsmitglieder vor rund einer Woche darüber in Kenntnis gesetzt wurden, dass man das Geschäft in zwei Lesungen beraten möchte. Dies ist nun nicht der Fall, und so hofft er schon, dass man andere Verfahrensvorschläge und -anträge künftig doch dem Büro rechtzeitig mitteilen wird und das Büro nicht einfach auflaufen lässt.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf Votum des Vorredners und hält fest, dass in der stadträtlichen Vorlage von einer Lesung die Rede war. Das Büro hatte sich dann aber für zwei Lesungen ausgesprochen.

Beat Gränicher (SVP) meint, das Büro hatte wohl schon seine Gründe, dass man das Geschäft in zwei Lesungen beraten wollte und deshalb hält er an seiner vorgängigen Meinungsäusserung fest.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Baulinienplan Röseren, Situationsplan 1:500, wird gemäss stadträtlichem Antrag einstimmig beschlossen.

170 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Standortförderung - Interpellation "Standortförderung Wirtschaftsraum Stadt Liestal" von Fabian Eisenring der SP-Fraktion und Benjamin Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2018/96)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Fabian Eisenring, SP Fraktion
Benjamin Holinger, Grüne Fraktion*

Interpellation - Standortförderung Wirtschaftsraum Stadt Liestal

Liestal ist als Kantonshauptstadt und als regionales Zentrum gut positioniert. Liestal trägt jedoch auch hohe Zentrumslasten, welche den Spielraum der Stadt zunehmend einengen. Dabei verfügt Liestal über viele gute Eigenschaften: gute Anbindung an das Strassen- und Schienennetz, Nähe zu der kantonalen Verwaltung, ein vielfältiges Angebot an Bildung, Gesundheit, Kultur, Freizeit und Natur als Erholungsraum.

Doch es gibt viele andere Gemeinden und Städte, die von sich ähnliches behaupten. Deshalb ist es notwendig eindeutige Unterscheidungsmerkmale herauszufiltern und zu kommunizieren. Geht es doch darum, im Vergleich zu „Mitbewerbern“, die Zentrumsvorteile zu optimieren, zu vernetzen, vorhandene Angebote zu koordinieren und auszubauen. Damit interessierte Unternehmungen wissen, welche Vorteile sie in Liestal erwarten können.

Aus der Zentrumslast muss ein Zentrumsvorteil entstehen, damit wir uns auch selbst wieder mehr Handlungsspielraum erarbeiten können.

Daher bitten wir den Stadtrat um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Standortförderung Baselland und BaselArea? Welche Ziele werden verfolgt und welches sind die gesetzten Meilensteine?*
- Verfügt der Stadtrat über eine Potenzial-Analyse des Wirtschaftsraumes Liestal, wie sieht diese aus und welche Zielgruppe könnte damit konkret angesprochen werden?*
- Wo sieht der Stadtrat noch Verbesserungspotential in der Standortförderung und welche Entwicklungsfelder sieht er?*

Liestal, Juni 2018

Fabian Eisenring / Benjamin Holinger

* * * * *

Ratspräsident Peter Küng (SP) äussert, dass die Interpellation Nr. 2018/96 auf Wunsch des Stadtrates an der letzten Sitzung vom 22. August 2018 von der Traktandenliste abgesetzt wurde.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, dass in Liestal eine gewisse Urbanität spürbar ist, auch wenn man rund um Liestal über 1'000 Hektaren Wald verfügt. Am heutigen Abend ist mehrmals das pulsierende Leben in Liestal erwähnt worden. Im Bereich Unternehmertum ist der Stadtrat aktiv und so besucht man seit mehreren Jahren die Unternehmungen in Liestal, man sammelt Daten usw. Zu den Fragen der Interpellanten kann er wie folgt Stellung nehmen: Die Standortförderung Baselland ist eine Anlauf- und Kontaktstelle für alle Unternehmungen des Kantons und den Anliegen nimmt sich Herr Thomas Kübler überdirektional an. Auch die Stadt Liestal hat einen sehr guten Draht zu ihm. BaselArea bezeichnet sich selbst als Innovations- und Promotionsagentur der Nordwestschweiz und diese widmet sich schwergewichtig auch grösseren Unternehmungsansiedlungen in der Region. Es gibt auch Potenzialanalysen, wobei diese recht unterschiedlich sind. So teilt beispielsweise die Bank CS die Stadt Liestal dem Oberbaselbiet zu und bei einer anderen Studie macht man Aussagen über die Arbeitskraftherhebungen, wo Liestal wiederum anderen Gemeindegebieten wie Arlesheim und Pratteln zugewiesen ist. Es ist sehr schwierig, konkrete Daten ausschliesslich für Liestal zu bekommen. Liestal macht deshalb eigene Erhebungen zu Standortfaktoren wie Steuerbelastungen juristischer und natürlicher Personen, die Erreichbarkeit des öffentlichen Verkehrs, die Erschliessung des motorisierten Individualverkehrs, die Sekundarschul- und Tertiärquoten usw. Aktuell zählt Liestal 1'016 juristische Personen und es werden rund 5,7 Mio. an Steuererträgen generiert. Liestal verfügt auch über sehr viel Gewerbe- und Industrie Flächen, wobei noch recht grosse Flächen für Neuansiedlungen zusätzlicher Firmen zur Verfügung gestellt werden könnten. Grundsätzlich möchte der Stadtrat Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Firmen schaffen, die in Liestal bleiben und sich hier auch weiterentwickeln wollen.

Fabian Eisenring (SP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Fabian Eisenring (SP) führt als Interpellant aus, dass er die stadträtlichen Bemühungen und Massnahmen begrüsse. Die Potenzialanalyse wurde ja auch im Entwicklungsplan 2018-2022 thematisiert und so ist er dankbar für das heutige Update des Stadtpräsidenten. Für die Interpellanten ist wichtig, dass die im Vorstoss erwähnte Zentrumsfunktion von Liestal nicht nur eine Last, sondern auch ein Segen ist und diese Vorteile und Chancen sollten wiederum vom Stadtrat genutzt werden. Ziel muss es ja sein, dass Liestal nicht nur als Wohn- und Arbeitsort interessant ist, sondern auch für Unternehmungen attraktiv ist.

Benjamin Holinger (GL) dankt als Mitunterzeichner des Vorstosses ebenfalls für die Ausführungen des Stadtrates. Interessant es es ja schon, dass in Liestal mehr Leute arbeiten als wohnen und bei der künftigen Entwicklungsplanung sollte man beispielsweise schon auch den Fokus auf die Frage legen, wie man denn beispielsweise mehr juristische Personen nach Liestal bringen könnte.

Thomas Eugster (FDP) meint, dass Liestal in der vergangenen Zeit doch auch von einigen Zentrumsvorteilen wie verkehrstechnische Anschlüsse, die neue Rathausstrasse usw. profitieren konnte. Die Unternehmenssteuerreform wird auch Vorteile haben und Liestal noch attraktiver machen.

Hanspeter Meyer (SVP) merkt an, auch seine Fraktion begrüsse den Vorstoss und ebenfalls die eher defensive sowie vorsichtige Wirtschaftsförderung des Stadtrates. Die Pflege der bestehenden und bereits ortsansässigen Firmen ist ebenfalls wichtig. Verschiedene unbebaute Grundstücke für Gewerbe- und Industriebauten in Liestal gehören dem Kanton und so bleibt die Hoffnung, dass dieser auch einmal ein Zeichen setzen und etwas unternehmen wird, wovon Liestal dann schlussendlich ebenfalls profitieren kann.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2018/96.

171 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fussgängerzone im Stadtkern - Motion von Peter Küng der SP-Fraktion betreffend Fussgängerzone im Stadtkern, Umsetzung durch den Stadtrat (Nr. 2014/124)

Ratspräsident und Motionär Peter Küng (SP) nimmt Bezug auf den stadträtlichen Bericht Nr. 2014/124a zu seiner Motion und erklärt, dass sich stellvertretend für ihn Dominique Meschberger der SP-Fraktion zum stadträtlichen Bericht und Antrag äussern wird.

Dominique Meschberger (SP) erklärt stellvertretend für den Motionär Peter Küng (SP) und als Sprecherin der SP-Fraktion, dass im Bericht über sehr viel Positives und Schönes berichtet wird. Die neue Rathausstrasse findet allgemein Gefallen und gemäss stadträtlichem Bericht wird sich in der Zukunft noch einiges in der Kernzone tun. Die Motion von Peter Küng war ja ausschlaggebend für weitere Vorstösse, bereits erledigte und noch geplante Arbeiten in dieser Richtung. Das zentrale Anliegen des Motionärs und einer Mehrheit der Ratsmitglieder für eine autofreie Innenstadt ist aber nach wie vor noch nicht gelöst. Vor mehr als vier Jahren hatte man im Zusammenhang mit der Überweisung des Vorstosses votiert, dass es der falsche Moment für eine Abschaffung von Parkplätzen sowie Schaffung einer Fussgängerzone sei. Im Moment wird die Überbauung Rebgarten mit dem Parkhaus realisiert und ihr ist nicht bekannt, dass nach der Realisierung des Parkhauses einige oberirdische Parkplätze wegfallen sollen. Vermutlich wären heute einige Ratsmitglieder eher zu Kompromissen bereit und würden beispielsweise zumindest einer Mischzone mit teilweise autofreien Zonen eher zustimmen als auch schon. Es geht aber gar nicht, dass der stadträtliche Auftrag gemäss überwiesenen Motion überhaupt nicht erfüllt wird. Die Motion war bis anhin ein guter Wegweiser und diese sollte noch nicht abgeschrieben werden, damit sie weiter wirken und beispielsweise bei der Neuplanung des Fischmarktes usw. richtungsweisend sein kann. Ihre Fraktion wird deshalb grossmehrheitlich der Abschreibung der Motion nicht zustimmen.

Michael Durrer (GL) unterstützt das Votum der Vorrednerin. Der Bericht zeigt sehr gut auf, was vom Stadtrat betreffend der Umsetzung der Motion bereits unternommen wurde. Auch vom Stadtrat wird festgehalten, dass noch nicht alle Forderungen der Motion umgesetzt sind und deshalb ist die Abschreibung dieses Vorstosses im heutigen Zeitpunkt auch noch nicht möglich. So besteht beim Zeughausplatz und auch im Fischmarkt noch Handlungsbedarf, wesshalb der Motionsauftrag auch noch nicht als erfüllt abgeschrieben werden. Die Motion hat zudem mehr Gewicht als stadträtliche Aussagen im Entwicklungsplan, welcher als Planungsinstrument zu wenig verbindlich ist. Die Grüne Fraktion lehnt deshalb die Abschreibung der Motion ebenfalls ab. Es ist im Gesetz zudem definiert, welche fahrzeugähnlichen Geräte in einer Fussgängerzone benützt werden dürfen und es besteht auch die Möglichkeit, dass ein beschränkter Fahrzeugverkehr zugelassen werden kann. Und basierend auf dieser Ausnahmebestimmung besteht wohl nun die Möglichkeit, auch an Kompromisslösungen hinsichtlich Anlieferungen, Taxis usw. zu arbeiten.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, einige seiner Fraktionsmitglieder haben sich vor vier Jahren gegen die Überweisung der Motion ausgesprochen. Es erstaunt ihn schon etwas, dass von der linken Seite relativ gemässigte Voten kommen und sich diese gar über die teilweise Umsetzung des Vorstosses freut. Persönlich war er damals gegen die Motion und heute muss er dennoch feststellen, dass diese überhaupt nicht umgesetzt wurde und der Stadtrat seiner Pflicht für die Auftragserfüllung überhaupt nicht nachgekommen ist. Dies empfindet er als Geringschätzung, wenn nicht gar als Respektlosigkeit des Stadtrates gegenüber dem Parlament. Hier im Rat werden selten Motionen eingereicht und diese gar noch an den Stadtrat überwiesen. Im vorliegenden Fall wurde zudem der stadträtliche Bericht nicht innert 6 Monaten, sondern erst nach rund 4 ½ Jahren vorgelegt. Die Mittefraktion ist überrascht und enttäuscht über die Vorgehensweise des Stadtrates bei der Behandlung der Motion Nr. 2014/214. Ein Teil der Fraktion freut sich darüber, dass der Stadtrat den ihm er-

teilten Auftrag nicht erfüllt hat. Die Mittefraktion kann sich nicht mit der stadträtlichen Behandlung der Motion in rechtlicher Hinsicht einverstanden erklären, möchte aber mehrheitlich nach wie vor kein autofreies Stedtli, weshalb man folglich den stadträtlichen Antrag unterstützen wird.

Beat Gränicher (SVP) führt aus, die Motion sei im Mai 2014 mit präsidialem Stichtentscheid an den Stadtrat überwiesen worden. Er kann seinem Vorredner zustimmen und bestätigen, dass die Motion eigentlich gar nicht erfüllt ist und somit abgeschrieben werden kann. Das erneute Ausspielen der Fussgänger gegen die Autofahrer ist nicht zielführend und macht auch keinen Sinn. Die Detaillisten im Stedtli sind auf Kunden angewiesen, die nur einen Wollknäuel nach Hause tragen, aber auch auf solche, welche beispielsweise ein Sixpack Mineralwasser und noch einen Karton Wein einkaufen. Das Überleben der Detaillisten und ein belebtes Stedtli ist davon abhängig, dass man auch künftig auf die Autofahrer und auch die Fussgänger zur Kundschaft zählen darf. Eine gegenseitige Rücksichtnahme ist erforderlich und ihn selbst nervt ja der Suchverkehr der Automobilisten ja auch. Mit dem neuen Parkleitsystem, der Neugestaltung der Allee und des Fischmarktes etc. dürften sowieso weitere bestehende Parkplätze wegfallen. Die SVP-Fraktion wird der Motionsabschreibung zustimmen, obwohl der Motionsauftrag vom Stadtrat nicht erfüllt wurde.

Vreni Büchi (FDP) bemerkt, sie verzichte auf die Wiederholung einiger Voten, möchte aber doch feststellen, dass ein Zusammengehen der Fussgänger und Autofahrer ja funktioniert, wie man dies nach der Abschluss der Sanierungsarbeiten bei der Rathausstrasse feststellen darf. Auf dieser Basis sollte man nun weiter machen, denn ein autofreies Stedtli wäre mit Bestimmtheit der Todesstoss für einige Detaillisten. Die FDP-Fraktion wird der Abschreibung der Motion zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) gratuliert dem Stadtrat zur gutschweizerischen Umsichtigkeit und das vernünftige Handeln. Es ist schon so, dass der Auftrag der Motion nicht erfüllt wurde, doch werden auch Bundesvorlagen oder extreme Initiativen teilweise mit Kreativität umgesetzt. Der Stadtrat hat Sinn und Geist der Motion aber mehrheitlich umgesetzt.

Joel Bühler (SP) findet es schon etwas realitätsfremd, wenn man so tut, als würde man die verschiedenen Verkehrsteilnehmer nicht gegen einander ausspielen. Alle hier im Saal wissen, dass wir im Stedtli nur begrenzten Platz für die Verkehrsteilnehmer haben und so ist es halt einfach eine Tatsache, dass sich beispielsweise im Fischmarkt der Velofahrer und Autofahrer wegen den zum Teil engen Verhältnissen einfach nicht kreuzen können, ohne dass der schwächere Verkehrsteilnehmer im eigenen Interesse ausweicht. Die Motion bezweckte eine Strategie, mit welcher solche Zustände und Gegebenheiten vermieden werden könnten, weshalb dieser Vorstoss auch weiterhin unverzichtbar ist. Das Ziel der Motion ist in anderen Gemeinden und Städten bereits umgesetzt worden und auch dort wurde dies mit dem nötigen Augenmass getan. Die Motion soll heute noch nicht abgeschrieben werden, damit der Stadtrat eine Vorlage mit Lösungsvorschlägen und Augenmass unterbreiten kann, die dann auch vernünftig ist und umgesetzt werden kann. In Städte mit engen Strassenzügen und Platzverhältnissen gehören einfach keine Autos, was in zahlreichen Städten auf der ganzen Welt bekannt ist und auch bei der Verkehrsführung mitberücksichtigt und umgesetzt wurde.

Thomas Eugster (FDP) hält ergänzend zu seinem vorgängigen Votum fest, dass im Einwohnerrat Liestal beispielsweise die "Motion Fluri" längst abgeschrieben worden ist. Dieser Vorstoss wird aber im Zusammenhang mit dem Schuldenabbau auch Jahre danach immer wieder in Erinnerung gerufen, da Sinn und Zweck dieses Vorstosses immer noch verinnerlicht sind. So dürfte auch der Sinn und Geist der "Motion Küng" selbst bei einer Abschreibung des Vorstosses noch immer in Erinnerung bleiben.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) findet es eigentlich schade, dass mit der Motion Nr. 2014/124 eine Eingrenzung auf den Stadtkernbereich definiert wurde, denn man müsste sich über die Stadtmauern hinaus Gedanken betreffend der Verkehrsführung im Zentrum von Liestal machen. Er musste schon etwas schmunzeln, dass Liestal vom Motionär mit Städten wie Basel, Rheinfelden, Lörrach, Solothurn und Freiburg im Breisgau verglichen wird. Er meint, die Motion sollte man nun abschreiben und etwas Vernünftiges machen.

Bernhard Bonjour (SP) bekundet Mühe mit gewissen Argumentationen und es spricht ja überhaupt nichts dagegen, dass Detaillisten auch in einer Fussgängerzone zu bestimmten Zeiten beliefert werden können. Er selbst macht seine Einkäufe meist auch mit dem Auto, doch ist es für ihn nicht zwingend nötig, dass er gleich vor dem Laden parkieren kann. Und wenn das Stedtli mit einer Fussgängerzone noch attraktiver würde, hätte er auch keine Mühe damit, ausserhalb der Kernzone parkieren zu müssen.

Natalie Oberholzer (GL) weist darauf hin, dass auf einer Parkfläche in der Grösse eines Auto-Parkplatzes 10 Velos abgestellt werden können. Sie versteht es deshalb nicht ganz, dass die Gewerbetreibenden, der KMU-Vorstand usw. die Autofahrer immer wieder verhätscheln, denn es sind wohl die Velofahrer und Fussgänger die wohl die meisten Einkäufe im Stedtli machen und nicht wie die Autofahrer in die Einkaufszentren der Nachbargemeinden fahren.

Hanspeter Meyer (SVP) entgegnet, dass gemäss Untersuchungen des Schweizerischen Städteverbandes ein Auto-Parkplatz rund CHF 70'000.-- im Jahr generiert und dieser Umsatz dürfte wohl von 10 Velofahrern kaum gemacht werden. Der gänzliche Verzicht auf Autos innerhalb der Stadtmauern ist schizophoren und so unterstützt er den vorgängig gemachten Vorschlag für eine Gesamtbetrachtung der Verkehrsführung über die Stadtmauern hinaus. Denn bei der Parkplatzpolitik muss beispielsweise auch der Parkiergebührenhöhe die gebührende Beachtung geschenkt werden.

Vreni Büchi (FDP) unterstützt das Votum ihres Vorredners und findet die momentane Diskussion etwas bitter. Dies in Anbetracht dessen, dass beispielsweise in der Rathausstrasse das Zusammengehen aller Verkehrsteilnehmer nun doch funktioniert und Schuldzuweisungen nicht zum Ziel führen.

Michael Durrer (GL) möchte zu Handen des Protokolls nochmals klar festhalten, dass die beiden Sprecher der GL- und SP-Fraktion für eine Kompromissbereitschaft votiert und eine Diskussion über die Motion signalisiert hatten. In der Debatte ist es nun zu einer Wende gekommen und es kommt ihm nun so vor, dass nun die Gunst der Stunde für eine Abschreibung der Motion genutzt werden soll, obwohl diese vom Stadtrat nicht erfüllt wurde.

Stadtrat Franz Kaufmann ist der Ansicht, dass es verschiedene Lesearten bei der Motion gibt. Unbestritten ist aber wohl, dass der Motionär mit seinem Vorstoss die Initialzündung für die Stedtli-Entwicklung in den letzten Jahren gegeben habe. Weitere Vorstösse im Zusammenhang mit der Rathausstrassen-Erneuerung, dem Ladenmix usw. sind vom Stadtrat durchaus ernst genommen und auch umgesetzt worden. Das Stedtli hat sich positiv entwickelt und vom Stadtrat ist nicht nur einfach Papier produziert worden. Die von der SP- und GL-Fraktion erklärte Kompromissbereitschaft wäre genau das Argument, welches für eine Abschreibung der Motion sprechen würde, zumal ja die Einführung einer Fussgängerzone innerhalb der Stadtmauern gemäss den Forderungen des Motionärs schon etwas mittelalterlich ist und dem Stadtrat keine Möglichkeit gibt, etwas Neues definieren und vorschlagen zu können. Der Stadtrat möchte die Unterschiebung von sich weisen, dass er zugewartet habe, bis dass der Motionär in seiner Funktion als Ratspräsident seinen Vorstoss hier im Rat nicht vertreten kann. Das Potenzial ist vom Stadtrat sehr sorgfältig ausgelotet worden, Studienaufträge wurden erteilt, Sachverständige sind beigezogen worden usw. Seit der Einreichung der Motion im April 2014 haben sich die Rahmenbedingungen bis heute doch wesentlich geändert. Ohne schlechte Absichten wollte der Stadtrat mit seinem Bericht und Antrag dem Rat

die Gelegenheit geben, die Situation neu überdenken und beurteilen zu können. Ist beispielsweise die Forderung der Motion noch zeitgemäss oder soll die Verkehrsführung in der Kernzone mit Kompromisslösungen für die Verkehrsteilnehmer grundsätzlich neu überdenkt werden? So besteht beim Fischmarkt sicher Handlungsbedarf, doch muss man dies im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Allee betrachten. Er selbst zweifelt daran, dass das Modell Rathausstrasse einfach auf den Zeughausplatz und den Fischmarkt übertragen werden kann. Der ganzheitliche Ansatz über die Stadtmauern hinaus ist im Sinne des Stadtrates und auch im Stadtbauamt installiert, dies unabhängig davon, ob die Motion Nr. 2014/124 heute nun abgeschrieben wird oder nicht.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 19 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Motion Nr. 2014/124 gemäss stadträtlichem Antrag abgeschrieben.

172 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Bahnhofpaten - Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Bahnhofpatenschaft von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2017/71)

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulantin für den stadträtlichen Bericht, der sie doch sehr enttäuscht, da sie mit ihrem Vorstoss das Gegenteil erreichen wollte. Die Antworten aus Sicht der Stadtverwaltung sind sehr einseitig. Die Honorierung war wohl beispielsweise kein Grund dafür, dass sich keine Bahnhofpaten mehr gemeldet hatten, denn viel mehr hatte die Wertschätzung der Stadtverwaltung für die Bahnhofpaten-Arbeiten gefehlt. Auch wurden keine Alternativen gesucht, hätte doch auch ein Outsourcing geprüft werden können. Gerade im Hinblick auf die grossen Bauarbeiten beim Bahnhof wären kompetente Auskunfts- und Hilfspersonen auf dem Bahnhof hilfreicher als teure Plakate. Auch fehlt ihr im Bericht eine Stellungnahme der SBB, denn es ist wohl ein strategischer Fehler, die SBB auf diesem Nebenschauplatz links liegen zu lassen. In anderen Städten sind Bahnhofpaten-Einsätze erfolgreich. Die Wertschätzung der Freiwilligenarbeit in Liestal kann mit diesem Bericht sicher nicht gefördert werden. Sie bedauert es, dass dem Stadtrat die Sicherheit und die Präsenz von Bahnhofpaten nichts mehr wert ist. Es macht so keinen Sinn, das Postulat aufrecht zu erhalten, und deshalb wird auch sie der Abschreibung des Vorstosses zustimmen.

Dominic Odermatt (FDP) hält fest, dass seine Fraktion mit der Postulatsbeantwortung zufrieden ist und die Argumentation des Stadtrates nachvollziehbar ist. Positiv ist sicher, dass die Situation auf dem Bahnhof anders ist als vor 15 Jahren. Im Bericht sind Tatsachen umschrieben und es kann ja wohl nicht sein, dass die Stadt in die Presche springen muss, wenn die SBB bisherige Leistungen nicht mehr erbringt. Der neue Bahnhof wird auch eine komplett neue Situation mit sich bringen und allfällige Massnahmen wie der Einsatz von Bahnhofpaten usw. könnten dann immer noch in Erwägung gezogen werden.

Lisa Faust (GL) erklärt, für ihre Fraktion sind die stadträtlichen Gründe nachvollziehbar und deshalb wird man der Postulatsabschreibung zustimmen. Die zunehmend fehlende Bereitschaft zur Übernahme von Freiwilligenarbeit ist leider ganz allgemein eine schlechte Entwicklung. Das Thema Freiwilligenarbeit ist bei der letzten Alterstagung auch auf Kantonsstufe diskutiert worden. Der Stadtrat könnte sich ja einmal grundsätzlich darüber Gedanken machen, ob der Freiwilligenarbeit auf kommunaler Ebene nicht mit Informationsveranstaltungen und sonstigen Aktionen etwas Aufschwung gegeben werden könnte.

Loris Jeitziner (SP) fasst sich kurz und informiert darüber, dass die SP-Fraktion vom stadträtlichen Bericht zustimmend Kenntnis nimmt und auch der Postulatsabschreibung zustimmen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, auch seine Fraktion sei enttäuscht, dass der Bahnhofpaten-Einsatz in Liestal nicht mehr funktioniere. Die Tatsachen und Fakten liegen aber auf dem Tisch und für seine Fraktion ist es klar, dass die stadträtlichen Anträge unterstützt werden.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sich die Stadt Liestal und nicht die SBB betreffend dem Bahnhofpaten-Einsatz in Liestal zurückgezogen hat.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) findet den stadträtlichen Bericht grundsätzlich auch gut. Er selbst habe als Mann auch nachts keine Probleme auf dem Bahnhof in Liestal, von Frauen und auch seinen eigenen Töchtern weiss er aber, dass sich diese abends auf dem Bahnhof nicht mehr sicher fühlen. Und wenn dann die Sicherheit in Liestal nicht mehr wert ist als ein Weihnachtsessen, müsste man sich schon einmal grundsätzliche Gedanken machen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler hält stellvertretend für ihre Ratskollegin Regula Nebiker fest, dass von der Postulantin in ihrem Vorstoss erwähnt wird, dass die Suche nach Freiwilligen zunehmend schwieriger wird. Es ist schon so, dass die SBB den Bahnhofpaten-Einsatz in Liestal weiterhin unterstützt hätten, dies jedoch mit der Forderung an die Stadt Liestal für ein vermehrtes Engagement bei einer geringeren finanziellen Unterstützung der SBB. Auch waren teilweise Bahnhofpaten im Einsatz, die trotz Uniform den Bahnhofspassanten kein Gefühl von mehr Sicherheit geben konnten, da sie selbst unsicher und gar hilflos präsent waren. Für solche Einsätze braucht es qualifizierte Leute mit hoher Sozialkompetenz. Auch bei der Bereitschaft zur Verrichtung von Freiwilligenarbeit ist zu prüfen, für welche ehrenamtliche Arbeiten dann auch welche Leute geeignet sind. Dafür braucht es auch andere Konzept und Vorgehensvorschläge als diejenigen der Postulantin, wie sie in ihrem Vorstoss vorgeschlagen werden. Das Orientierungsbedürfnis während dem Bahnhof-Neubau ist sicher sehr gross, doch dafür genügen keine stundenweise Einsätze von Freiwilligen. Dafür wird es Mitarbeitende der SBB brauchen, die tagtäglich mit den neuesten Informationen aufdatiert werden und dann auch kompetent Auskunft geben können. Der Stadtrat wird sich dafür einsetzen und zusammen mit den SBB engagieren, dass während den Bauarbeiten kompetente Ansprech- und Auskunftspersonen präsent sind. Betreffend der fehlenden Sicherheit auf dem Bahnhof möchte sie doch festhalten, dass die Bahnhofpaten früher während der Nacht ja auch nicht präsent waren und für vermehrte Sicherheit gesorgt hatten.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

- ://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2017/71a wird einstimmig Kenntnis genommen.
- ://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2017/71 als erfüllt abgeschrieben.

173 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Lohngleichheit - Motion "Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor" von Dominique Meschberger und Joel Bühler der SP-Fraktion (Nr. 2018/101)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

*Dominique Meschberger
SP-Fraktion*

*Joel Bühler
SP-Fraktion*

Liestal, 22. August 2018

Motion

Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor

Die Charta wurde 2016 von Bundesrat Alain Berset und Regierungsmitgliedern aus 25 Kantonen und Gemeinden lanciert.

Mit der Unterzeichnung der Charta manifestieren Bund, Kantone und Gemeinden den Willen, sich als Arbeitgebende für die Lohngleichheit einzusetzen.

- 1. Verwaltungsinterne Sensibilisierung für das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG);*
- 2. Regelmässige Überprüfung der Lohngleichheit in der Verwaltung;*
- 3. Förderung der regelmässigen Überprüfung der Lohngleichheit in den der öffentlichen Hand nahestehenden Körperschaften;*
- 4. Einhaltung der Lohngleichheit im Rahmen des öffentlichen Beschaffungs- und/oder Subventionswesens durch die Einführung von Kontrollmechanismen;*
- 5. Teilnahme am Monitoring des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, welches das gemeinsame Engagement bündelt und sichtbar macht.*

Die Lohngleichheit für Frau und Mann ist in der Verfassung verankert. Die Realität sieht aber anders aus. Mit der Unterzeichnung der Charta zeigt eine Gemeinde oder ein Kanton den Willen, diese Realität der Verfassung anpassen zu wollen. Die Charta gibt keine Termine vor. Mit der Unterzeichnung wird lediglich eine Absicht erklärt.

Wenn eines oder mehrere der fünf Anliegen der Charta bei uns bereits gelebt werden, können wir stolz sein und verlieren erst recht nichts bei der Unterzeichnung.

Ich denke, dass Liestal hier mit gutem Beispiel voran gehen sollte.

Wir bitten den Stadtrat, diese Charta zu unterzeichnen und mit der guten Arbeit weiterzumachen.

Dominique Meschberger

Joel Bühler

* * * * *

Ratspräsident Peter Küng (SP) führt aus, das Büro habe bei der Prüfung der formellen Rechtmässigkeit der Motion festgestellt, dass es sich beim vorliegenden Vorstoss wohl eher um ein Postulat als um eine Motion handelt.

Stadtpräsident Daniel Spinnler berichtet, dass der Stadtrat den Vorstoss als Postulat übernehmen würde. Auch der Stadtrat ist der Meinung, dass der Vorstoss keine Motion sein kann, denn der Beitritt zu einem Verein, einer Charta usw. liegt in der stadträtlichen Kompetenz. Ein parlamentarischer Auftrag an den Stadtrat für die Unterzeichnung einer Charta widerspricht der Gesetzgebung.

Dominique Meschberger (SP) hält als Motionärin fest, dass die Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor bezweckt, dass die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau erreicht werden soll. Die stadträtliche Zusage freut sie, denn es lässt sich kein Lohnunterschied zwischen Mann und Frau rechtfertigen. Mit der Charta würde die Stadt bekunden, dass sie bereit ist, die Lohngleichheit in der Verwaltung zu überprüfen und die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann gemäss Bundesgesetz durchzusetzen. Die Charta gibt dafür keine Termine für die Lohnüberprüfungen usw. vor, jedoch kann nicht damit zugewartet werden, dass aus der Politik ein deutliches Zeichen gesetzt und die Charta unterstützt wird.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, ob der Vorstoss nun als Postulat oder als Motion zu behandeln ist.

Dominique Meschberger (SP) erklärt, dass die Verfasser nach wie vor daran festhalten, dass der Vorstoss als Motion behandelt wird.

Domenic Schneider (CVP/EVP/LG) äussert, er finde unglaublich, dass wir im Jahr 2018 immer noch Lohngleichheits-Debatten führen müssen. Die Charta ist verpflichtender, als es von den Motionären gesagt und umschrieben wird. So ist Fachpersonal für Analysen zur Verfügung zu stellen, man muss an jährlichen nationalen Treffen präsent sein und man muss die stufenweise Umsetzung definieren. Die Mittefraktion unterstützt den Vorstoss nicht als Motion, kann aber gegebenenfalls der Überweisung als Postulat zustimmen.

Daniela Reichenstein (FDP) teilt mit, dass ihre Fraktion den Vorstoss als Motion und auch als Postulat nicht unterstützt, denn gemäss Gesetzgebung sind genügend Grundlagen und Rahmenbedingungen für eine Gleichbehandlung von Frau und Mann gegeben. Ihr persönlich erschliesst es sich nicht, dass man mit der Unterzeichnung einer Charta bekunden und bestätigen soll, dass sich die Stadt Liestal ebenfalls an gesetzliche Vorgaben halten wird. Liestal orientiert sich am Lohnsystem der kantonalen Verwaltung und darin sind alle Vorgaben der Charta bereits enthalten. Bereits heute ist nicht nur die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann, sondern auch die Lohngleichheit zwischen Gleichgeschlechtlichen geregelt. So findet sie es stossend, dass im Vorstoss und auch der Charta nur von der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann die Rede ist. Das Lohnsystem des Kantons Basel-Landschaft und somit auch der Stadt Liestal kennt die funktionsbezogenen Einreihungen beim Lohnsystem. Es spielt deshalb auch keine Rolle, wer diese Funktion ausübt. Es gibt Lohnungleichheiten, was aber nichts mit Lohnungerechtigkeiten zu tun hat, weil innerhalb den Lohnklassen auch die Erfahrungsstufen mitberücksichtigt werden. Zentral ist doch, dass Lohnungleichheiten nicht generell ein Geschlechter-Thema sind, denn Lohnungleichheiten sind meist erklär- und nachvollziehbar. So ist es doch beispielsweise logisch und korrekt, dass man bei disziplinarischen Massnahmen, der Nichterreichung von Zielen und Vorgaben usw. nicht noch von einem automatischen Stufenanstieg profitieren kann und soll. Es ist im ureigensten Interesse jedes Arbeitgebers, dass er seine Mitarbeitenden richtig und gerecht entlohnt. Die Unterzeichnung der Charta hätte zudem eine nicht unbedeutende Arbeitsmehrbelastung zur Folge. Zudem sind keine Reklamationen oder gar Beschwerden von Mitarbeitenden der Stadt Liestal bekannt, welche die Unterzeichnung der Charta rechtfertigen würden.

Dominik Beeler (GL) findet es eine Schande, dass man immer noch über allfällige Massnahmen im Zusammenhang mit der Lohngleichheit diskutieren muss. Es ist nach wie vor die Realität, dass in unserem Land die Frauen durchschnittlich rund CHF 600.-- im Monat weniger verdienen als ihre Arbeitskollegen. Die Ungerechtigkeit ist da und die Gründe der Lohnungleichheiten zwischen Frau und Mann eigentlich nicht von Relevanz. Die Stadt Liestal ist sicher eine tolle und faire Arbeitgeberin, was hoffentlich auch so bleiben wird. Mit der Unterzeichnung der Charta bekennt sich Liestal klar zur Lohngleichheit im öffentlichen Sektor auch gegenüber Dritten. Am letzten Samstag hatten über 20'000 Personen in Liestal betreffend dem gleichen Anliegen demonstriert. Seine Fraktion unterstützt den Vorstoss.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, er müsse die Motionäre betreffend dem Vorstoss doch in formeller Hinsicht etwas schelten. Gemäss Geschäftsreglement kann der Einwohnerrat mit einer Motion vom Stadtrat nur Dinge verlangen, die in seine Zuständigkeit fallen. In Angelegenheiten, die in der Kompetenz des Stadtrates liegen, darf der Einwohnerrat nun auch mit einer Motion nicht verpflichtend dreinreden. Mit einem Postulat könnte hingegen der Stadtrat verpflichtet werden, die Charta-Unterzeichnung zu prüfen und dem Rat wieder zu berichten. Inhaltlich kann er den Motionären zustimmen, denn auch er findet es schlimm, dass Diskussionen und Massnahmen im Zusammenhang mit der Lohnungleichheit-Problematik immer noch nötig sind, dies auch unabhängig der Geschlechtertrennung. Was soll nun aber die Charta für die Stadt Liestal schlussendlich bringen? Diese Charta ist nicht nur eine Absichtserklärung, sondern enthält verschiedene Verpflichtungen sowie implementierte Massnahmen für die Zukunft. Die Evaluations- und Controllingkosten wird einiges an Ressourcen benötigen und Geld kosten. In der Folge müsste beispielsweise die Stadtverwaltung bei Auftragserteilungen ebenfalls überprüfen, ob die Offertsteller ihre Mitarbeitende bezüglich deren Lohn gleich behandeln. Dieser Aufwand macht für die Kleinstadt Liestal wohl kaum Sinn. Es würde wohl eher für den Bund und die Kantone Sinn machen, wenn sie die Charta unterzeichnen würden. Mit dem Vorstoss wird am Ziel vorbei geschossen. Kosten und Nutzen müssen in Frage gestellt werden, zumal mit der Chartaunterzeichnung wohl keine einzige Lohnungleichheit verbessert, selbst wenn eine solche bestehen würde.

Ratspräsident Peter Küng (SP) möchte von den Motionären wissen, ob sie nun ihren Vorstoss in ein Postulat umwandeln würden oder nicht.

Dominique Meschberger (SP) erklärt, dass sich die Motionäre mit der Umwandlung ihres Vorstosses Nr. 2018/101 in ein Postulat einverstanden erklären können.

Joel Bühler (SP) verweist auf die bereits erwähnte Demo in Bern vom letzten Samstag und es ist wohl unbestritten, dass es nach wie vor Lohnungleichheiten gibt, was mit Statistiken immer wieder aufgezeigt und bewiesen wird. Er ist als Mitverfasser des Vorstosses absolut davon überzeugt, dass mit der Unterzeichnung der Charta auch in Liestal etwas erreicht werden kann und ein wichtiges Zeichen gesetzt würde. Es ist wohl unverzichtbar, dass das Postulat nun an den Stadtrat überwiesen wird.

Dominique Meschberger (SP) führt aus, sie habe das einwohnerrätliche Geschäftsreglement betreffend dem parlamentarischen Auftrag an den Stadtrat sowie der Umwandlung des Vorstosses von einer Motion in ein Postulat falsch verstanden und interpretiert.

Marianne Quensel (SP) ist der Ansicht, dass das Postulat nun doch an den Stadtrat überwiesen werden sollte, zumal sich der Stadtrat ja dahingehend geäussert hatte, den Vorstoss als Postulat zu übernehmen. Diese Chance sollte nun der Einwohnerrat auch nutzen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, das Problem geht uns alle etwas an und ist nach wie vor ungelöst. Die Uneinigkeit besteht bei der Frage, ob die Charta-Unterzeichnung nun Sinn mache oder eben nicht. Die Überweisung des Postulates dürfte eine Chance haben, wenn vom Stadtrat im Anschluss weitere Abklärungen getroffen würden und dieser über die Ergebnisse berichten würde. Sie hofft und geht davon aus, dass die Überweisung des Vorstosses vom Stadtrat nicht zugleich als Auftrag für die Charta-Unterzeichnung verstanden wird.

Dominik Beeler (GL) führt aus, dass die Charta nicht nur vom Bund, den Kantonen und grösseren Städten wie Zürich usw. unterzeichnet wurde. So ist die Charta auch schon von Delémont, Binningen usw. unterschrieben worden.

Karin Jeitziner (FDP) möchte wissen, ob es denn berechtigte Gründe dafür gibt, dass man in der Stadt Liestal die Frage der Lohnungleichheit klären sollte?

Stadtpräsident Daniel Spinnler antwortet, dass von der Stadt die Gesetze eingehalten werden und ihm nicht bekannt ist, dass die Frage der Lohnungleichheit noch genauer geprüft werden müsste.

Lisa Faust (GL) merkt an, dass es nicht darum geht, bei den Angestellten der Stadt Liestal die Lohnungleichheit zu überprüfen. Vielmehr soll mit der Charta-Unterzeichnung durch die Stadt Liestal ein Zeichen bezüglich der Lohnleichbehandlung gesetzt werden.

Bernhard Bonjour (SP) meint, dass wohl einige Missverständnisse vorhanden sind. Natürlich nimmt kein Arbeitgeber bewusst Geschlechterdiskriminierungen vor und selbstverständlich hält die Stadt Liestal auch die gesetzlichen Vorgaben ein. Forschungen zeigen aber auf, dass es trotz guten Absichten und bestem Willen der Arbeitgeber dennoch Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen von Frauen gibt. Diese passieren aber versteckt und basieren auf ganz viel verschiedenen Wegen. Die systematische Ungleichheit wird betrieben, ohne dass der Arbeitgeber dies weiss oder bewusst tut. Und mit der Charta sowie den erwähnten Untersuchungen sollen eben solche Vorkommnisse überprüft werden.

Thomas Eugster (FDP) meint, das Bewusstsein ist ja im Stadtrat durchaus vorhanden. Die erwähnten Untersuchungen sind jedoch äusserst schwierig, sehr kompliziert und teuer. Die Stadt Liestal ist als Unternehmen zudem zertifiziert und wird sich deshalb auch Fragen der Lohnleichbehandlung immer wieder stellen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Mit 20 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss Nr. 2018/101 als Postulat an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann